

KEIN  
GELD  
FÜR  
KRIEG

# Friedenssteuer NACHRICHTEN



Nr. 43, Mai 2010

## Missbrauch

Das Wort ‚Missbrauch‘ ist in aller Munde. Hier geht es um Missbrauch auf Makro-Ebene, innerhalb der EU-Familie - und das ist nicht billig-plakativ gemeint. Starke Staaten wie Deutschland und Frankreich haben sich seit jeher gegenüber Griechenland unsittlich verhalten indem sie Kaufverträge aufgezwängt haben, die einer gesunden Volkswirtschaft sehr abträglich sind. Dabei sind Schmiergelder an die Regierenden beider Seiten geflossen. **Was geht uns das an?**

Wie immer: Es geht um Rüstung und Militär. Um den Missbrauch unserer Steuergelder und denen der Griechen. Von 1990 - 2008 kaufte das kleine Land in der EU und der Schweiz Kriegsmaterial für mehr als 4 Mia Euro pro Jahr ein, insgesamt 75 Mia! Der Erzfeind Türkei kaufte zweimal so viel. Deutschland belieferte beide, obwohl (weil?) der Konflikt zwischen diesen Ländern hinreichend bekannt war. Im Januar 2010 gab sich Herr Westerwelle in Athen zuversichtlich, dass es "eine für beide Seiten zufrieden stellende Lösung" in Sachen Lieferung von deutschen Kriegsschiffen und Leopard-Panzern geben werde. Und Frau Merkel regte Anfang April in Istanbul weiteren Waffeneinkauf in Deutschland an (übrigens auch AKW-Neubau). Ganz offen, ohne Scham.

Wer zahlt die horrenden Kaufsummen? Griechisches Steuergeld floss an die Banken der Lieferländer für die Kredite und Zinsen. Das funktioniert jetzt nicht weiter, daher Merkels Rezept: Griechenland soll die Mehrwertsteuer erhöhen, das Rentenalter heraufsetzen und den öffentlichen Sektor abbauen. So sollen 4,8 Mia Euro für 2010 eingespart werden. Die braucht Griechenland komplett für die laufende Zinszahlung an die Gläubiger (die faulen Kredite von Hypo

Real Estate und Commerzbank). Dazu kosten allein die neuen Waffenlieferungen 2010 schon 2,8 Mia. *Da wird nicht gespart.*

Klingt das nicht bekannt? Ist das nicht in Deutschland genau so? Renten mit 67, Hartz IV, und gerade eben wurde wieder laut über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 21% nachgedacht. Wo liegt denn der Unterschied? Darin, dass für Deutschland das Bild umgekehrt sein müsste: unten das ganze Kriegszeug und oben drauf das Brandenburger Tor. Deutschland lebt gut vom Waffen-Export (*wer eigentlich?*) und Griechenland geht zu einem Großteil an den Waffen-Import zu Grunde (*wer?*). Deutschland muss nun selber Staats-

anleihen für die Griechenlandhilfe verkaufen, weil sonst die griechischen Kredite an die deutschen Pleitebanken nicht zurückgezahlt werden. Dann müssten diese noch einmal mit Steuergeld gerettet werden? Und was ist nun mit anderen armen EU-Ländern, die durch die Aktivierung des Notfallplans auch noch mitzahlen müssen?

**Man könnte verzweifeln.** Wir entscheiden uns lieber dazu, doch wieder mit den Bundestagsabgeordneten zu reden oder Militärsteuern zu verweigern - auch, wenn immer noch kein schnelles positives Ergebnis zu erwarten ist (Seite 7 - 9). Es

gibt auch eine Menge kleinerer, gut machbarer Aktionen (Seite 4 und 13). Machen Sie mit? Es hilft gegen Depressionen.

Und vorab könnte man den Ökumenischen Kirchentag in München besuchen, wo die Losung diesmal lautet: "Damit Ihr Hoffnung habt" - genau das, was der Verzweiflung entgegenwirkt (Seite 12). Sehen wir uns?

Gertie Brammer, Karwitz-Lenzen



## Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen, so wie Wehrdienstpflichtige wählen dürfen zwischen Kriegsdienst und Zivildienst. Und wir wollen die Garantie bekommen, dass unsere Steuern nur für zivile Zwecke verwendet werden. Unsere zentrale Erklärung lautet:

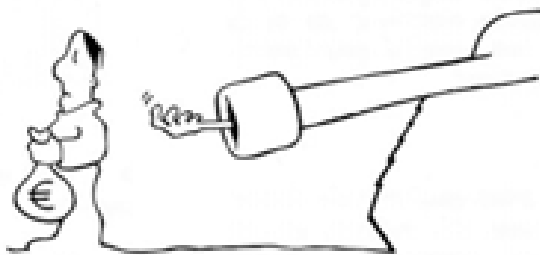
**„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“**

Wir haben ein Konzept für ein Zivilsteuergesetz. Wir werden auch eine Gesetzestext-Vorlage für den Bundestag formulieren. Wir machen Lobbyarbeit und sammeln Unterschriften zur Unterstützung unserer Forderung. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis wir eine gesetzliche Regelung erreicht haben.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO namens CPTI / *Conscience and Peace Tax International* mit Sitz in Leuven/Belgien hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Spenden sehr willkommen.

### Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung



#### Wichtige Termine:

- 13. - 16. Mai 2010      Ökumenischer Kirchentag in München (Seite 12)
- 01. Mai - 13. Juni 2010      Kunst-Ausstellung der NGBK in Berlin (Seite 3 unten)
- 02. - 04. Juli 2010      13. Internationale Konferenz in Sandefjord/Norwegen (Seite 15)
- 17. - 19. Sept. 2010      Arbeitstreffen der Netzwerk-Gruppen in Köln
- 11. - 13. März 2011      Jahrestagung des Netzwerkes in Heilsbronn bei Nürnberg

<u>Inhaltsübersicht:</u>	<u>Seite</u>
Bist du ein Spinner?	3
Aktionen	4
Afghanistan	6
PM Kooperation f.d. Frieden	7
Strategiekonferenz, Bericht	8
ÖNiD	11
Netzwerk Friedenssteuer	
Jahresversammlung	12
Internationales/CPTI	14
Adressen	16
Beilage	Plakat Friedenssteuer



#### Impressum

Die *Friedenssteuer Nachrichten* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*, (s. unten).

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann

Verantw. Redakteurin: Gertie Brammer

Die *FN* erscheinen zweimal im Jahr.

Auflage: 550 St.

Redaktionsschluss der nächsten *FN*:

20. November 2010

Kontaktadressenliste auf Seite 16

Netzwerk Friedenssteuer e.V.

Eduard-Schmid-Str. 26

81541 München

Tel 089 - 569253

info@netzwerk-friedenssteuer.de

www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden: Kto.Nr. 70 016 016 00

BLZ 430 609 67

GLS Gemeinschaftsbank eG

## Bist du ein Spinner?

Geboren 1940 in Berlin, noch lange nach 1945 die Sirenen im Ohr, Alpträume ohne Ende, fand er über den Atomwiderstand zum Netzwerk Friedenssteuer. Unser 7. Spinner: Wolfgang Janisch in Berlin. Abgebildet sind zwei seiner Plakate; weitere auf <http://www.cpti.ws/conf/06/kbildoff/wjanisch/inwjans.html>

### Nie wieder Krieg!

Bin ich ein Spinner, wenn ich diesen Satz ernst nehme? Als der atomare Wahnsinn in den achtziger Jahren zu eskalieren drohte, ein begrenzter Atomkrieg in Europa sogar für möglich gehalten wurde, machte ich mich mit meinen Fotomontagen gegen jede Form von Umweltzerstörung, Krieg und Gewalt auf den Weg.

Mit mehr als 100 Ausstellungen durch die ganze DDR, damals nur in Kirchen möglich, wollte ich mahnen und aufrütteln. Ich wollte mir nicht vorwerfen lassen, nichts getan zu haben. Ich wollte auf die Frage "Was hast du gegen den Krieg getan" eine positive Antwort geben können und nicht schweigen müssen, wie meine Eltern auf meine diesbezügliche Frage damals.



Die Welt nach 1990 und seit der so genannten Deutschen Einheit ist anders geworden, aber ist sie seitdem besser? Der Rüstungswahn ging und geht wieder weiter, der Krieg in Afghanistan ebenfalls und auch anderswo sind Krieg und Kriegsgefahr noch immer nicht gebannt. Gut 14 Jahre habe ich mich mit der Berliner Gruppe vom Netzwerk

Friedenssteuer gegen Steuern für Rüstung und Militär gewandt.

Nun reichen leider die Kräfte nicht mehr für die Treffen und Aktionen. Aber ich spinne trotzdem weiter – es gibt auch Aufgaben, die weniger anstrengend sind und ebenfalls dem Frieden dienen. In einer Grundschule in Berlin-Lichtenberg bin ich „Lesepate“ geworden und versuche den Kindern Appetit aufs Lesen und auf Bildung zu machen. Und ihnen dabei Werte wie „ein friedliches Miteinander“ beizubringen. Gar nicht einfach, weil oft große Unruhe unter den SchülerInnen herrscht.

Die Politik kann ich so nicht direkt ändern, aber Kinder mit Liebe zum Buch werden hoffentlich später mehr verantwortungsbewusste BürgerInnen.

Das Netzwerk Friedenssteuer unterstütze ich weiter!

*Wolfgang Janisch, April 2010*

### Ein neues Plakat für das Netzwerk

Eine Gruppe von KünstlerInnen erstellte im Rahmen ihrer Friedensaktion gratis Poster-Entwürfe für Friedensgruppen – unser Netzwerk ist dabei. Die Gruppe macht vom **1. 5. bis 13. 6. 2010** eine Ausstellung dieser Werke in Berlin (Oranienstr. 25), und am Freitag, dem 4. Juni um 19.30 Uhr wird u.a. das Werk zu unserem Thema vorgestellt. Es ist ein Plakat von relativ bescheidenem, aber sehr klarem Auftritt. Es liegt diesem Heft bei (auf der Rückseite finden Sie den Musterbrief für Steuerverweigerung an das Finanzamt, s. Seite 13). Zusätzlich gibt es das Bild auch als Postkarte. Gestaltet hat es die grafische Künstlerin Grete Aagaard aus Dänemark. Den Druck der Postkarte und das Layout wurden uns geschenkt! Wir bedanken uns sehr bei ihr und der Organisatorin der Ausstellung, Karin Kasböck von der *Neue Gemeinschaft für Bildende Kunst e. V. / NGBK*. Am 4. Juni werden wir natürlich vertreten sein. Wer in/um Berlin wohnt empfehlen wir einen Besuch der Ausstellung. Auch Dank an Annette Habert, der wir diesen Kontakt zu verdanken haben. Beim Trampen wurde sie im Auto dieser KünstlerInnen mitgenommen. Eine Fahrt von München nach Berlin – viel Zeit, von unserem Thema zu berichten, und – es funkte. Öffentlichkeitsarbeit der besonderen Art!

## Aktionen



### FREIeHEIDE statt Bombodrom

Das Kriegsministerium verzichtet nun doch auf jegliche militärische Nutzung!  
Die Kyritz-Ruppiner Heide ist frei.  
Herzlichen Glückwunsch und Dank an alle, die sich 18 Jahre lang dafür eingesetzt haben!  
Auch unsere NetzwerkerInnen in und um Berlin waren hier bei jedem Ostermarsch mit Spruchbändern zu unserem Thema zu finden. Auf diesem Bild: Else Tonke und Ursula Peters.

Foto: Friedrich Heilmann

Wir müssen aber weiter ‚ostermarschieren‘, bis auch die Kolbitz-Letzlinger Heide frei gegeben wird – die **OFFENeHEIDE**. Auf dem Bild (Ostermarsch 2010): Albert Blattmann, Helmut Adolf, Gertie Brammer und Christel Spenn (v.li.). Helmut und Christel sind bei der **OFFENeHEIDE** organisatorisch sehr aktiv. Albert hat als Wander-Zimmermann bundesweit das Netzwerk immer im Rucksack. Gertie hält die Wendlandfahne hoch und hat sich zum ersten Mal das neue Netzwerk-Plakat umgehängt (auch auf dem Rücken; kleiner Sandwich). Es wurde gelesen und führte zu Gesprächen. Foto: Hermann Taubenberger



### Sektflaschen auf!



Die Menschenkette gegen die Atomindustrie, von Krümmel bis Brunsbüttel, wurde durch ca. 12.000 TeilnehmerInnen geschlossen. Sogar NetzwerkerInnen aus München waren mit dem Nachtzug hingefahren um die Kette ja schließlich zu machen. Und mit dem nächsten Nachtzug zurück. Respekt!

Fotos: links Ulla Klotz (bei Elmshorn), unten: Johanna Beahr (HH)



Auf die Neujahrspredigt von Margot Käßmann reagierte Steuern zu Pflugscharen zusammen mit 9 anderen Friedensgruppen aus ‚Ost‘ mit einem Brief, aus dem hier das Wichtigste zitiert wird:

*„... Mit Ihrer Predigt haben Sie einen aktuellen Schmerzpunkt in unserem Land und darüber hinaus angesprochen. Das haben wir auf EKD-Ebene lange vermisst. Deshalb sind wir froh, dass Sie das als Ratsvorsitzende getan haben. Damit kommt für uns wieder in den Blick, dass wir als Christen "Salz der Welt sein sollen.“*

*... wir bitten Sie, die im konziliaren Prozess verankerte Grundentscheidung der vorrangigen Option für die Gewaltfreiheit auch dann weiter mit durchzutragen, wenn auf der Ebene des Krieges und vor Ort eine ganz andere Logik als zwingend erscheinen will.*

*... Wir haben weder den "Stein der Weisen" noch können wir die Fragen allein lösen, doch von der eigenständigen Friedensarbeit der Kirchen in der DDR und von der friedlichen Revolution geprägt sehen wir, dass vor allem alte Muster von Militärbündnissen (NATO), von militärischen Strategien und von Verdienstmöglichkeiten (Wer profitiert eigentlich vom Krieg in Afghanistan? Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur) die dominierende Rolle spielen. Das ist nicht gut in Afghanistan und auch nicht gut hier in Deutschland.*

***... Wir unterstützen die Bewegung "Steuern zu Pflugscharen", die es Bürgern ermöglichen soll, einen Teil ihrer Steuern, der sonst für militärische Zwecke genutzt worden wäre, für zivile Friedensarbeit einzusetzen. Dies kann die gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten wesentlich unterstützen.***

***... Sie haben in Ihrem Buch "Gewalt überwinden" unseren Traum angesprochen: dass der Ökumenische Rat der Kirchen - in seiner Abschlusserklärung zur Dekade zur Überwindung der Gewalt 2010 in Jamaica - das Friedenszeugnis als Kennzeichen von Christen und Kirchen viel stärker zum Ausdruck bringt und profiliert, als das bisher der Fall war.*** Für uns ist das gewaltfreie Friedenszeugnis ein Kennzeichen von Kirchen und Christsein, und wir sehnen uns danach, dass die evangelische Kirche in Deutschland auch "eine Kirche des Friedens" wird, wie beispielhaft im Text der Ökumenischen Versammlung 1989 beschrieben. Das wäre dann unser Beitrag dazu, dass von deutschem Boden nie mehr Krieg, sondern wirklich immer wieder Frieden mit viel Zuversicht, Kraft, Fantasie, Besonnenheit und Humor ausgeht.

*... So danken wir Ihnen sehr für Ihren Predigtanstoß und bitten Sie herzlich, auch weiterhin Schmerzpunkte zu benennen und für ein eigenständiges gewaltfreies Friedenszeugnis aktiv zu bleiben.*

Im Wendland schrieben drei Friedensgruppen, darunter unser Netzwerk, zusammen folgenden Leserbrief, der in der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 25. Januar 2010 erschien. Es war eine Reaktion auf einen anderen Leserbrief, der Frau Käßmann als „blauäugig“ darstellte.

## Friedensbewegung: Vorrang für Zivil

Zum Leserbrief „Käßmann blauäugig“ von Hans-August Maatsch, Gümse (EJZ vom 11. Januar)

Nicht immer, wenn jemand gegen einen Krieg oder Bundeswehreinsatz spricht, wird er oder sie als „blauäugig“ (ehrenwert, aber naiv) dargestellt. Walter Mixa, katholischer Bischof von Augsburg und Militärbischof, meldete sich am 5. Januar mit einer Pressemeldung auch sehr kritisch zum Afghanistan-Einsatz, und das nicht zum ersten Mal. War da was?

Doch Frau Käßmann soll dieser Vorwurf treffen, und nun muss sie sich einiges an Kritik anhören: Wo ist ihr Geschichtsbewusstsein? Nach dem Zweiten Weltkrieg muss sie doch wissen, dass es ohne Kriege nicht geht (Deutschland musste ja auch mit Gewalt zur Demokratie bekehrt werden). So

einfach ist das. Wir danken Frau Käßmann für ihre klaren Worten! Sie steht zu ihrer Predigt. Und sie steht nicht allein: Die Bischöfinnen und Bischöfe im Norden unterstützen sie öffentlich. Ihr Vorgänger, Wolfgang Huber, hatte im Mai 2009 schon vom Zweifel der evangelischen Kirche an dem Afghanistan-Einsatz gesprochen – gar von Ratlosigkeit.

In der Friedensdenkschrift von September 2007 lehnt die evangelische Kirche den Krieg ab, aber leider nur im theoretischen Teil. Endlich, endlich bezeugt sie nun öffentlich ihre Ablehnung auch in der kriegerischen Praxis.

Ende November hielt die Friedensbewegung bundesweit eine gespielte, aber ernsthafte „Abstimmungsaktion“ zum Thema „Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes“. Knapp 20 000 be-

fragte Passanten auf der Straße stimmten zu 95 % gegen die Verlängerung und zu fünf Prozent dafür – auch in Dannenberg und Lüchow. Der Bundestag sah das am 3. Dezember leider ganz anders.

Das Mehr an Fantasie, was Frau Käßmann für den Frieden einfordert – ganz andere Formen der Konfliktbewältigung –, ist in der Friedensbewegung längst da. Diese arbeitet seit Jahrzehnten an konkreten Vorschlägen und Projekten für einen „Vorrang für Zivil“ und hat auch Erfahrung damit. Unsere eigenen Organisationen vor Ort verstehen sich als Teil davon: die „Kurve Wustrow“, die seit 30 Jahren Friedensfachkräfte ausbildet, das Netzwerk Friedenssteuer, das seit 27 Jahren eine Wahlmöglichkeit zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer fördert, und der Verein „Kinder-Kinder“, der sich

seit zehn Jahren um die Integration von Flüchtlingskindern kümmert. Dazu kommt der halbstaatliche, seit zehn Jahren aktive Zivile Friedens-Dienst.

Leider ist die Denkrichtung der Politiker weiterhin die eines Dinosauriers: zu viel Panzer, zu wenig Hirn; weshalb wir immer noch bei einem Verhältnis von einem Steuer-Euro für gewaltfreie Konfliktlösung zu 1000 Steuer-Euro für militärische Konfliktlösung sind. Ein krasses Missverhältnis, das auch von der evangelischen Militär-Seelsorge offiziell als solches gesehen wird (O-Ton des evangelischen Militärdekanats Dr. Hartwig von Schubert beim evangelischen Kirchentag in Bremen, 2009): „Dieses Verhältnis gehört umgekehrt!“

Steffi Barisch, Groß Chüden,  
Gertie Brammer, Karwitz,  
Doris Weimann, Schmarldau

### Weiterhin Trauer angesagt: Afghanistan

„Es geht um viel, aber nicht um die Bevölkerung“, schrieb die taz vom 22. April auf seine Vorderseite. Auf Seiten 2 und 3 folgten dann unter dem Titel „Unser Krieg“ viele offizielle Zahlen von der Bundeswehr und verschiedenen Ministerien. Die wichtigsten Zahlen:

- Derzeit im Einsatz: 4.450 SoldatInnen gegen 240 AufbauhelferInnen (in Staatsauftrag).
- Von 2002 bis 2010 hat die Bundeswehr in Afghanistan 3,69 Mia Euro gekostet, von 2002 bis 2009 hat der zivile Wiederaufbau 1,16 Mia Euro gekostet.
- In 2009 wurden getötet: 2.412 Zivilisten (in Kämpfen und bei Anschlägen, im ganzen Land).
- Fast jede/r fünfte deutsche SoldatIn kehrt traumatisiert zurück; allein in 2009 waren es 418.

Auch wenn alle Behördenangaben stimmen sollten, ist die Interpretation vieler Zahlen schwierig (Redaktion). Leicht zu interpretieren ist dagegen folgender Satz unseres Kriegsministers:

**„Tod und Verwundung sind Begleiter unserer Einsätze geworden, und sie werden es auch in den nächsten Jahren sein, wohl nicht nur in Afghanistan.“**

Macht nichts, er wird ja jedes Mal um Verzeihung bitten, und die Kanzlerin wird sich verneigen.



„...wofür doch gleich nochmal?“

Karikatur: Heitzinger

### Kabarettist Georg Schramm in "Neues aus der Anstalt" im ZDF (als mögliche Trauerrede gehalten)

"Liebe Angehörige, Kameraden, würde ich sagen, als allererstes würde ich sagen: Wir alle kennen den Satz ‚Das erste, was im Krieg stirbt, ist die Wahrheit.‘ Lassen Sie uns deshalb hier den Krieg draußen halten und bleiben wir für einen Augenblick bei der Wahrheit. Der Tod ist der denkbare Abschluss eines soldatischen Arbeitstages. Diese Männer sind in Ausübung ihres Berufes gestorben und der Tod ist die logische Konsequenz soldatischen Handelns. Auch wenn wir das gerne verdrängen und zur Tarnung merkwürdige Namen erfinden wie „gefallen“, „verloren“, „im Feld geblieben“. Letztlich wird in der Fachliteratur alles gleich behandelt, nämlich unter der Rubrik: Weichzielverlust.

„Wir hier versuchen dem Tod des Einzelnen einen Sinn zugeben, aber geben wir der Wahrheit die Ehre, liebe Trauergemeinde, ein sterbenswerter Sinn für das, was wir in Afghanistan tun, ist nicht mehr erkennbar ... Wir sind nur noch dort und kämpfen, weil wir nicht den Mut haben zuzugeben, dass wir gescheitert sind. Eine Kultur des Scheiterns ist in unserm westlichen moralischen Wertekatalog nicht mehr vorgesehen. Vielleicht hat Clausewitz deshalb geschrieben: Nichts ist schwerer als der Rückzug aus einer unhaltbaren Position. Deshalb lassen Sie uns mutig sein und das Schwere tun. Lassen Sie uns das Kühne wagen, lassen Sie uns das Scheitern eingestehen, denn nur wer das Scheitern eingesteht ist der wirklich Starke.“

(13. April, Folge 34 ab Minute 36:15)

## Presseerklärung der Kooperation für den Frieden

15.04.2010

### Der Tod der Bundeswehrsoldaten hätte verhindert werden können

Der tragische Tod von vier Bundeswehrsoldaten am Donnerstag, dem 15. April und drei weiteren am Karfreitag in Afghanistan bei Kunduz hätte verhindert werden können.

Seit etwa einem Jahr gab es verschiedene Bemühungen der „Kooperation für den Frieden“ und der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans für einen Waffenstillstand in der Region Kunduz. So gab es positive Resonanzen auf eine gemeinsame Erklärung der „Kooperation für den Frieden“ und der Friedens-Jirga vom 31. Juli 2009 für einen regionalen Waffenstillstand für die Provinz Kunduz.

Nach dem Bombardement vom 4. September 2009 auf die von Taliban entführten Tanklastzüge bei Kunduz gelang es der Friedens-Jirga die Talibankommandeure zu motivieren, auf einen Racheakt zu verzichten und stattdessen mit einer relativen Waffenruhe für Waffenstillstandsverhandlungen zu werben.

Als Antwort hatten in der Woche vom 2. bis 8. November 2009 US-Elitetruppen zusammen mit afghanischen Soldaten in der unter deutschem Kommando im Raum Kunduz eine Großoffensive gegen Taliban geführt und 133 Aufständische, darunter den Taliban-Führer Mullah Qari Baschir, getötet. Mit ihm starb der Kommandant, der über Monate für die vorgeschlagene Waffenstillstandslösung eintrat. Ähnliche Kommandoaktionen wurden in der Folgezeit fortgesetzt. Die Bundeswehr hatte eine Beteiligung an diesen Operationen abgelehnt.

Am 19. Januar 2010 forderte der Präsident der deutschen pax christi Sektion, der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen „die Unterstützung der Bemühungen um regionale Waffenstillstandsvereinbarungen, insbesondere in der Provinz Kunduz“.

Inzwischen hat die US-Armee mit der Stationierung von 5000 zusätzlichen eigenen Soldaten im Raum Kunduz begonnen. Nach einem Bericht in Spiegel-online vom 11.04.2010 steht im Raum Kunduz möglicherweise eine Großoffensive ähnlich wie vor einigen Wochen in Mardscha in Südafghanistan an. Laut Spiegel-online hat die Bundeswehr dort das sagen, wird im Zweifelsfall aber nicht mehr gefragt.

Die „Kooperation für den Frieden“ und die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans werden sich weiterhin auf allen ihnen möglichen Ebenen für eine Waffenstillstandslösung für die Provinz Kunduz und darüber hinaus für ganz Afghanistan einsetzen. Es wird höchste Zeit, endlich die dafür erforderlichen Gespräche und Verhandlungen für eine Friedenserklärung und den Abzug der Bundeswehr zu beginnen, bevor weitere Bundeswehrsoldaten sterben müssen.

Die „Kooperation für den Frieden“ gehören rund 50 Organisationen und Initiativen der deutschen Friedensbewegung an.



## Kooperation für den Frieden

Mitglieder:  
 Aachener Friedenspreis e.V.  
 Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)  
 Aktionsgemeinschaft Friedensarbeit Minden  
 Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.  
 Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfrei Aktive Kultur/Wustrow  
 Bremer Aktion für Kinder (BAK)  
 Bund demokratische Wissenschaftlerinnen (BDWi)  
 Bund für Soziale Verteidigung (BSV)  
 Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BfU)  
 Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (COW)  
 Deutsche Friedensgesellschaft – Internationale KriegsdienstgegnerInnen (DFG-IG)  
 EUCommunity  
 Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (EAW)  
 Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Friedensschlüsse  
 Forum Internetkünstlerinnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIF)  
 Frauen in Schwarz Hamburg  
 Frauen in Schwarz Köln  
 FrauenNetzwerk für Frieden e.V.  
 Friedensbücherei Hannover  
 Friedensforum Münster  
 Friedensgruppe Albstadt  
 Friedensinitiative Frankfurt e.V.  
 Friedensrat München  
 Friedenszentrum Braunschweig e.V.  
 Gesellschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptverband  
 Initiative für Friedensarbeit, Mettenheim  
 IANNA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms)  
 IFAI (Institute for International Assistance and Solidarity)  
 IPFW, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung  
 Internationale Initiative für Frieden und Freiheit  
 Internationaler Verbandsbund – deutscher Zweig  
 Komitee für Grundrechte und Demokratie  
 Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Inghardt  
 Lebenshaus Schwedische AB  
 Leuzeltaliter Publik e.V.  
 Menschen für den Frieden, Anti-Kriegsbücherei Düsseldorf  
 MünchenerJugendliche Friedensforum  
 Naturwissenschaftlerinnen-Initiative "Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit"  
 Netzwerk Friedenskooperative  
 Netzwerk Friedensforum  
 Ökumenisches Friedensnetz  
 Düsseldorf/Christinnen und Christen  
 Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Ethik-Arbeit, Berlin  
 Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)  
 pax christi – Deutsche Sektion  
 Röhler Friedenswerkstatt im (AET)CO BioPharmareisat, Kiesel  
 Schleichersiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kitzler  
 Ruppiner Heide  
 Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden  
 Münchener Initiative für den Frieden

## Strategiekonferenz 2010: Militarisierung nach außen und innen

Zu diesem Thema tagte Mitte Februar die Kooperation für den Frieden in Heidelberg.

Was wir für unser Netzwerk als wichtig empfunden haben, weil es Argumente für unsere Lobbyarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen lieferte, waren folgende Unterthemen:

### Militarisierung des öffentlichen Raums

*Referent: Ulli Sander, Gewerkschaftler, langjähriger Kommunalpolitiker, Veteran der Friedensbewegung (VVN-BdA)*

Da auf dem Gebiet der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit / ZMZ striktes Geheim-Gebot besteht, gibt es offenbar eine Menge zu verheimlichen – auch gegenüber den Kommunal-Parlamentariern. Die erstaunliche, massive Präsenz der Bundeswehr / BuWe beim G8-Gipfel in Heiligendamm (Hubschrauber, Panzer, Schnellboote, selbst Tornados wurden eingesetzt) war der Anstoß, hier genauer nach der Rechtslage zu schauen.

Die ZMZ hat in Deutschland eine lange unrühmliche Tradition aus Zeiten der Weimarer Republik. Unter dem Schutz der Besatzungsmächte war nach 1945 in Westdeutschland erst einmal Schluss damit – bis zu den Notstandsgesetzen, die übrigens immer noch in Kraft sind. Die letzten ‚Bezirks-Verteidigungskommandos‘ aus dieser Zeit (Demos gegen Atomwaffen, Studentenbewegung, RAF) sind in der Mitte der 90er Jahren aufgelöst worden. An ihre Stelle sind die neuen Kreiskommandos getreten. untergebracht. In Gemeinschaftsübungen wird mit Feuerwehr, Technisches Hilfswerk / THW, Reservistenverbänden, Polizei und BuWe „geübt“. Seit Februar 2005 gibt es ein neues Reservistengesetz, das ohne Anhörung und Debatte im Bundestag abgestimmt wurde, also noch unter Rot-Grün. Danach können Reservisten bis zum 60. Lebensjahr eingezogen werden (vorher nur bis zum 45. Lebensjahr), das sind 6,8 Mio. Personen!

In der Bundestagsdrucksache 17/196 v. 11.12.2009 wird die Übung eines Bürgerkriegsmanövers im Oktober 2009 im bayrischen Schwarzenbach mit großer Reservistenbeteiligung beschrieben. Das Manöver entlarvt die bei Anfragen oft vorgebrachte Schutzbehauptung, die ZMZ im Inneren diene nur der Hilfeleistung bei besonders schweren Unglücksfällen und Naturkatastrophen. In dem hier dokumentierten Beispiel wurde der Umgang mit demonstrierenden Friedensaktivisten sowie die „Verteidigung“ einer Radarstation gegen schwer bewaffnete Terroristen trainiert. An der Übung beteiligten sich neben Soldaten und Reservisten auch zivile Rettungs- und Sanitätsdienste.

Die ZMZ von BuWe-Kommandostellen, Polizei, Geheimdiensten und Katastrophenschutzorganisationen sind nunmehr mit Krisenstäben und Kommandostellen in den Rathäusern und Landratsämtern aller deutschen Landkreise und kreisfreien Städten nach geheim gehaltenen Vorschriften bundeseinheitlich etabliert worden. Sie bestehen aus Reservsoldaten, die meist in der Verwaltung arbeiten und somit immer sofort zur Verfügung stehen. Die Vorschriften sollen so abgefasst sein, dass die örtlichen Verantwortlichen nicht selber entscheiden können, ob eine Krise / in welchem Ausmaß gegeben ist, sondern sie sind in eine Befehlshierarchie eingebunden. Die Kommandozentrale auf Bundesebene ist das „Gemeinsame Terrorabwehrzentrum“ in Berlin-Treptow. Auf Länderebene kommandieren die Befehlshaber der Wehrbereichskommandos der BuWe, die „Beauftragten der Bundeswehr für ZMZ (BeaBwZMZ)“. Also ist die BuWe doch beteiligt und im Hintergrund präsent, entgegen der Bestimmung des Grundgesetzes, das sie nicht im Inneren eingesetzt werden darf – eben Weimarer Erfahrungen.

Fazit: Auf kommunaler Ebene werden überall in Deutschland BuWe-Reservisten mit Zugriff zu Waffen in einer strengen Befehlshierarchie kommandiert. Reservisten können in kürzester Zeit in großer Anzahl rekrutiert werden, ebenso Feuerwehr und THW ... So wird bewusst der Militarismus am Leben erhalten.

**Was können wir tun?** Unsere lokalen und regionalen Parlamentarier anregen zum Nachfragen: Wie sieht vor Ort die Planung für Krisen und große Unglücksfälle und Naturkatastrophen aus? Wer führt das Kommando, plant die Manöver, die Ausstattung? Durch viele Anfragen in ganz Deutschland verstreut könnten wir mehr Licht hinter diese Geheimhaltungsstrategie bringen, um einen öffentlichen Diskurs und demokratische Entscheidungsprozesse zu erzwingen.

Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass die BuWe noch an vielen anderen Stellen im öffentlichen Raum auftritt, z.B. beim Kirchentag. Dadurch sollten wir uns den Kirchentagbesuch nicht vermiesen lassen, aber was wir tun können: zu den BuWe-Veranstaltungen gehen, Bericht erstatten beim Netzwerk oder bei anderen Organisationen, die sich dann bei ihren Protesten auf möglichst viele persönliche Aussagen berufen können.

*Michael Held*

### Bundeswehr in der Schule

*Referenten: Bernhard Nolz, Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden / PPF, Freiburg*

*Michael von Glaßer, Informationsstelle Militarisierung / IMI, Tübingen*

Die Bundeswehr in der Schule – nichts neues. Seit 1955 werden Jugendoffiziere dafür ausgebildet. Neu ist, dass es jetzt in drei CDU-geführten Ländern Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium gibt. Diese Initiative der Bundeswehr muss gegen den Hintergrund eines wachsenden Mangels an Berufsfachkräfte gesehen werden, eine in unserem Sinne positive Situation. Trotzdem: die Bereitschaft der Kultusminister, direkte Vereinbarungen mit den Militärs als Unterrichtsberechtigte zu unterschreiben, welche Druckmittel für anders denkende Schulleitungen und LehrerInnen bedeuten können, ist doch ein Zeichen an der Wand. SchülerInnen dürfen dem Unterricht der



Jungoffiziere fern bleiben, falls diese sich nicht an den Kriterien des ‚Beutelsbacher Konsenses‘ von 1976 halten. Den müssen die SchülerInnen erst mal kennen – und dann im Unterricht erst noch feststellen, ob die Uniformierten sich daran halten. Das dürfte für die Zehntklässler einer Realschule, die Lehrstellen suchen, eine Überforderung sein, zumal wenn ihre LehrerInnen diesen Unterricht als positiv darstellen und die Bundeswehr pro Jahr 20.000 jungen Menschen Arbeit und Ausbildung bietet. Es formiert sich aber Widerstand: verschiedene SchülerInnenvertretungen, Elterninitiativen und LehrerInnen – auch die GEW – protestieren. Die ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerer / EAK hat zusammen mit der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden / AGDF, PPF und IMI angefangen, neue Unterrichtsmodule für Friedensunterricht zu entwickeln. Das dauert noch. Es gibt aber auch jetzt schon brauchbares Material aus der KDV-Beratung (EAK) und bei PPF ([www.friedenskultur.de](http://www.friedenskultur.de)). Auch das Darmstädter Signal ist jederzeit bereit, seine Sicht auf die ‚Bundeswehr nach der Wende‘ in einer Klasse vorzutragen.

### Was können wir tun?

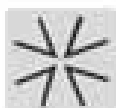
Wir haben im Moment nur eine Person, die sich um diesen Friedensunterricht kümmert (Annette Habert). Aber jede/r von uns und von den LeserInnen kann sich künftig im Einzelfall Hilfe/Material holen und vor einer Klasse einen Vortrag halten (lassen). Wir berichten, wenn Material fertig ist. Unser Film kann schon mal gut als Einstieg dienen!

Die PPF, das Freiburger Friedensforum (unsere Uta Pfefferle) und das Institut für Friedenspädagogik in Tübingen schrieben Protestbriefe an das Kultusministerium von Baden-Württemberg. Wer tut es für das Saarland und für NRW?



Wenn sich das Gewissen meldet...

Wenn sich das Gewissen meldet...



Aus vielfältigen Erfahrungen in der staatlich kirchlich getragenen Militärseelsorge ist die Einsicht gewachsen, dass nicht die Institution Militär der Seelsorge bedarf sondern den Soldatinnen und Soldaten eine unabhängige Beratung anzubieten ist. Diese soll ihnen in ihren seelsch, militärs oder juristisch geprägten Gewissensnöten sachkundig und einfühlsam beistehen. Eine Adhäsionsgruppe des Internationalen Versöhnungsbunds engagiert sich ehrenamtlich im Aufbau dieser unabhängigen Soldatenseelsorge.

Wenn sich also Ihr Gewissen meldet, sind Sie eingeladen, sich unseres Angebots zu bedienen. Über unsere Telefon-Nr. 04864-1000.885 vermitteln wir Ihnen gerne eine Beratungsadresse möglichst in Ihrer Nähe.



Versöhnungsbund e.V. Deutscher Zweig  
Schwaner Weg 8, 32423-Minden  
T. 0571-850875/-8292387 Fax  
vb@versoennungsbund.de  
[www.versoennungsbund.de](http://www.versoennungsbund.de)

Seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg

### Kirche und Krieg – die Rolle der EKD und Militärseelsorge

Referent: Pfr. Dr. Matthias Engelke, Gemeindepfarrer in Nettetal, Mitglied im Internationalen Versöhnungsbund

Tel.: 04864 – 1000 895, [soldatenseelsorge@versoennungsbund.de](mailto:soldatenseelsorge@versoennungsbund.de)

Die Friedensdenkschrift der EKD von 2007 stellt Kriterien auf, die erfüllt sein müssen, um einen ‚gerechten Krieg‘ führen zu dürfen. Nach diesen Kriterien ist der Afghanistankrieg keiner. Trotzdem zieht die EKD ihre Militärseelsorger nicht zurück. Von sich aus werden diese Geistlichen, die von der Bundeswehr bezahlt werden, diesem Arbeitgeber bestimmt nicht in den Rücken fallen durch eine Seelsorge, die den Krieg kritisiert.

Dr. Engelke plädiert deswegen für eine unabhängige Soldatenseelsorge. Er hat im Versöhnungsbund die hier neben abgebildete Karte erstellt, die Soldaten auf der Rückseite Kontaktmöglichkeiten anbietet.

Bei der Betreuung von evangelischen Militärs und Zivilisten gibt es eine große Differenz: für die Militärs gibt die EKD pro Person 150 Euro/Jahr aus, für die Zivilisten 12 Euro/Jahr. Dr. Engelke fordert von der EKD:

- Mehr FriedenspfarrerInnen (nur 16; Militärpfarrer über 100).
- Unterstützung Projekt ‚Friedensarbeit an Schulen‘ (EAK/AGDF).
- Diskussion mit der EKD-Spitze über ihr Afghanistan-Papier vom 25. Januar 2010. Dieser Text geht zum Teil deutlich hinter die Neujahrspredigt von Margot Käbmann zurück (die aber selber mitunterschieden hat!).
- Fortsetzung der Zeitschrift ‚Zivil‘ der EAK, die ‚aus Kostengründen‘ eingespart werden soll.

### Was können wir tun?

1. Beim Versöhnungsbund die Postkarte bestellen und Militärs zustecken.
2. Briefe an die EKD schreiben, mit denen wir die o.g. Forderungen von Herrn Engelke unterstützen (dabei immer auf unser Thema hinweisen!).

## **Psychotherapie für Soldaten**

Referenten: *Michaela M. Müller,  
Psychotherapeutin und Cluse Krings, Publizist*

Die Bundeswehr wirbt um mehr Fachkräfte für psychotherapeutische Hilfe für traumatisierte SoldatInnen – wie die BuWe selber sagt: 829 an der Zahl, Stand 22. April 2010. Die bei der IPPNW angeschlossenen ÄrztInnen und TherapeutInnen lehnten dankend ab. Die Details finden Sie im nebenstehenden Leserbrief.

**Was können wir tun?** In vielen Zeitungen wird über dieses Thema geschrieben. Darauf kann mit Leserbriefen reagiert werden. Rechts ein Beispiel aus dem Wendland, erschienen in der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 10.04.2010.

Leider hat die Zeitung den letzten Satz, der so wichtig war, gestrichen: *Und allen SteuerzahlerInnen wünsche ich ein Gesetz analog Art 4(3) Grundgesetz: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Steuer gezwungen werden“, damit der Krieg trockengelegt und endlich Friede der Normalzustand wird.*

Auf eine Diskussion darüber wollte sie sich nicht einlassen.

*Gertie Brammer*

## **Gerhard Schöne / 1983 Loblied auf die Friedensstifter**

Wohl denen die da wagen  
ein NEIN zur rechten Zeit;  
Nicht „Ja und Amen“ sagen  
zur Bombensicherheit,  
die jetzt im Rüstungskarussel  
der Sand sind im Getriebe,  
die lasst uns loben heut!

Wir müssen Frieden schaffen  
in Freund- und Feindesland.  
Nicht mir Vernichtungswaffen –  
mit Mut, Herz und Verstand.  
Und stellt man uns als Träumer hin,  
so wolln wir nicht verzagen,  
uns bleibt nur dieser Weg.

Wohl denen die da mahnen:  
Vernichtung kennt keinen Sieg!  
Die sich nicht planen lassen  
für einen neuen Krieg.  
Die heut in aller Welt aufstehn,  
die nicht Gehorsam leisten,  
die lasst uns loben heut!

# Ohne Abkehr hilft keine Therapie

Zum Kommentar „Verdrängte Narben auf der Seele“ von Joachim Zießler (EJZ vom 17. März)

Diesen Kommentar muss man von seinem Ende her lesen. Krieg sei der „Normalzustand der Menschheit“. Schade, dass er nach den beiden Weltkriegen „verpönt“ war, denn das hat zu „Entfremdung“, gar zu „Verteufelung“ geführt. Fingen die Deutschen doch tatsächlich an zu glauben, dass Friede der Normalzustand ist! Das kann nicht angehen, denn Krieg war nie weg, und wir müssen unseren Jungs den Rücken stärken. Auf zu alten Ufern.

Natürlich muss verstörten Rückkehrern/innen geholfen werden, völlig richtig. Die Bundeswehr hat dazu nicht genügend Ärzte und Psychotherapeuten. Sie hat im Sommer 2009 gegenüber dem Fachverband der Psychotherapeuten per Brief die dringende Bitte geäußert, interessierte Fachleute mögen entweder direkt bei der Bundeswehr beruflich einsteigen oder bereit sein, Soldaten/innen kurzfristig einen Therapieplatz einzuräumen. Dazu sollten sie unterschreiben, „... den Aufgaben der Bundeswehr in ihren Auslandseinsätzen nicht ablehnend“ gegenüberzustehen.

Eine Gruppe von über 120 Psychotherapeuten/innen und 100 Ärzten/innen (IPPNW-Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung) reagierte im August 2009 mit einem offenem Brief an Verteidigungsminister Jung mit dem Inhalt: Die Grup-

pe lehne die Beteiligung der Bundeswehr am völkerrechtswidrigen Krieg in Afghanistan ab, weil sie sich auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung konzentriert. Bei der Behandlung von Kriegstraumatisierten müsse genau unterschieden werden zwischen Aggressor und Opfer, sonst finde eine reine Symptombehandlung ohne kausalen Ansatz statt. Therapie ohne kritische Hinterfragung des politisch-militärischen Kontextes zu betreiben, sei mit ihrem Verständnis psychotherapeutischer Arbeit nicht vereinbar. Sie, die Gruppe, lasse sich nicht für die Kriegsführung der Bundeswehr instrumentalisieren.

Bei einem Vortrag dieser Gruppe hörte ich noch folgendes überzeugendes Argument: Wenn ein Suchtpatient sich für eine Therapie anmeldet, wird er nur angenommen, wenn er bereit ist, die Droge ganz aufzugeben. Sonst ist alles für die Katz. Wenn ein traumatisierter Soldat vorhat, nach der Therapie in den Krieg zurückzugehen (oder glaubt, dies tun zu müssen), ist genau so alles umsonst.

Die Bundeswehr will aber kein Ergebnis, das nicht in ihrem Interesse liegen kann. Die Soldaten/innen sollen repariert werden, damit sie möglichst bald wieder brauchbar sind.

Ich wünsche allen traumatisierten Soldaten/innen einen Therapieplatz mit möglichst kurzen Wartezeiten (aber ohne Vorrang, schließlich waren sie freiwillig in Afghanistan), damit sie sich nie wieder für Kriege missbrauchen lassen.

*Gertie Brammer,  
Karwitz-Lenzen*

## Krieg ist kein Mittel, Konflikte zu lösen!

Im FN41 schrieb ich unter diesem Titel über die geplante Weltfriedenskonvokation 2011 in Kingston / Jamaika. Dort soll der ÖKR (Ökumenischer Rat der Kirchen), am Ende der ‚Dekade Gewalt überwinden‘ die Ergebnisse in Form von ‚Texten von unten‘ diskutieren. Am Ende sollen die Kirchen in einem Abschlussdokument Position zum Thema ‚Krieg‘ beziehen.

Die ‚Texte von unten‘ sind nun geschrieben und liegen, gebündelt in ‚Readers‘ in allen Ländern vor. In Deutschland hat sich das ÖNiD für die Sammlung eingesetzt.

Der nächste Schritt ist, dass die Gruppen / Personen, welche diese Texte eingereicht haben, nun auch die Konsequenzen daraus in operationablen Schritten beschlussfähig und umsetzbar machen. Das fragt noch viel Zeit und Energie, weil es um sehr komplexe Zusammenhänge geht. Aber diese Aufgabe muss jetzt dringend erledigt werden!

Die Welt steht vor gravierenden, Frieden gefährdenden Problemen. Wenn wir wollen, dass die führenden Staaten und internationalen Gremien lernen, faire Verhandlungen zu führen; dass sie Konflikte ohne Androhen und Einsetzen von militärischer Gewalt zur Interessendurchsetzung lösen - dann müssen die Christen, die die schlimmsten Waffen angewendet und immer wieder Kriege provoziert und geführt haben, hier in Vorleistung treten. Dann brauchen wir endlich konkrete Ächtung des Krieges durch die Kirchen und eine neue praktische Qualität ihrer Schlussfolgerungen (im Vergleich zu den bisherigen ökumenischen Verlautbarungen, die im Wesentlichen folgenlos blieben). So, wie im 19. Jahrhundert die Kirchen endlich die Sklaverei und im 20. Jahrhundert den Rassismus ächteten, muss jetzt definitiv gesagt werden: "Kein Christ kann sich an der Vorbereitung und Durchführung von Kriegen beteiligen."

So schlägt ÖNiD dem ÖRK folgende Aussagen vor (gekürzt):

1. Der Krieg wird geächtet. Keiner/m ChristIn ist Entwicklung, Produktion, Handel und Anwendung von Kriegswaffen sowie Finanzierung von Krieg und ihre Vorbereitung erlaubt.
2. Gewaltfreie Kommunikation und Konfliktbearbeitung müssen gelernt und angewendet werden (auch als Schulfach). Es müssen regionale Friedenswerkstätten entstehen und eine Friedenstheologie eingerichtet werden (auch als Studienfach).
3. Das Recht auf Verweigerung von Beteiligung an Vorbereitung und Ausführung von Gewalt muss als Menschenrecht etabliert werden (UN-Charta).
4. Das Thema der Folge-Dekade möge die Umsetzung der Beschlüsse dieser 2. Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation sein.

Hoffen wir, dass alle, die für Kingston delegiert werden, sich rechtzeitig gründlich mit diesen Dingen befassen, ein klares Votum abgeben und dies nachher zu Hause vertreten.

*Michael Held, Bad Hersfeld*

*Michael Held arbeitet in der Arbeits- u. Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Im Netzwerk Friedenssteuer ist er für die Vernetzung mit Kirche und breiteren Friedensbewegung zuständig.  
Kontakt: Seite 16*



ÖNiD = Ökumenisches Netz in Deutschland  
Michael Held ist hier federführend aktiv.

**„Sammlung der Beiträge aus Deutschland zur Vorbereitung der 2. Weltfriedenskonvokation Mai 2011 in Kingston / Jamaika“**

[www.friedenssteuer.de](http://www.friedenssteuer.de)  
Startseite unten

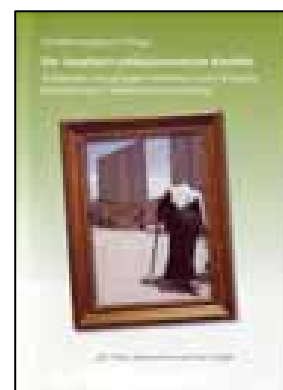
ÖNiD ist mit einem Stand auf dem Ökumenischen Kirchentag in München vertreten:  
Halle B6, Stand F26



## Der israelisch-palästinische Konflikt

Dies ist eine Publikation von dem renommierten israelischen Komitee gegen Hauszerstörungen. Sie listet alle wichtigen Behauptungen derjenigen auf, die sich als pro-Israel bezeichnen. Dann betrachtet sie diese kritisch im Gesamtkontext und tritt ihnen mit Argumenten entgegen. Das erfolgt so knapp wie möglich ohne oberflächlich zu werden. Der Versöhnungsbund sorgte für Übersetzung und Herausgabe.

80 Seiten; ISBN 978-3-935431-16-3; 5,00€



## Jahresversammlung in Weimar

Bei der Jahresversammlung 2009 in München freuten wir uns sehr über die starke Teilnahme von 30 Personen. In Weimar waren wir wieder eine so große Gruppe. Der rege Austausch tat uns gut!

**Im öffentlichen Teil** erlebten wir einen interessanten Film und zwei ernste Vorträge.

- Der Film führte uns witzelnd in die Welt der Lobbyisten ein (Sascha Lobo: „Der Loboist“).
- Martin Rambow erzählte bei erschütternden Bildern über die Situation der Palästinenser, den Verlauf der Mauer, den Alltag der Pendler, die Ohnmacht der Haus- und Landbesitzer in Bezug auf ihre Eigentumsrechte. Er war als Menschenrechts-Beobachter drei Monate bei EAPPI tätig (Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel), Anfang 2009. Sehr beeindruckend war dieser Spruch auf einem großen Stein: „Wir weigern uns, Feinde zu sein“ (auf palästinensischer Seite). Das verbietet uns, zu verzweifeln.
- Pfr. Dr. theol. Matthias Engelke besprach unter dem Titel „Frieden mit dem Militär?“ sehr gründlich und präzise die Friedensdenkschrift der EKD aus 2007, im Lichte einer längeren Vorgeschichte. Es gibt einiges Gute über die Denkschrift zu sagen, aber sie bleibt leider hinter der Forderung nach *Achtung jeglicher Gewalt* zurück. Am Ende stellte Herr Engelke die Frage: „Ist es ein erstrebenswertes Ziel, dass die EKD eine Friedenskirche wird (wie z.B. die Mennoniten)? Sie will es offenbar (noch) nicht sein. Dann müssten wir doch aber die ‚Bekennnisfrage‘ stellen?“

**Was können wir tun?** Da kamen viele interessante Antworten, wovon einige hier wiedergegeben sein sollen: Die EKD will Volkskirche und keine Friedenskirche sein; aber die Gemeinden können für sich anders entscheiden! Gerade eine Volkskirche kann sich von unten her ändern, z.B. durch ihre Basis-Texte an die Weltfriedenskonvokation in Jamaika, 2011. An der Basis existiert schon viel ‚Friedenskirche‘. Wir sollten die drei guten Haare an der Kirche lassen, aber die Ansprüche an sie nicht herunter-schrauben. Herr Engelke’s Schlussatz: „Die Kirche ist dazu da, Frieden für *alle* Menschen zu erreichen. Danach ist sie überflüssig!“

## Im Arbeitsteil der Tagung

kam es rundum zu neuem Aufschwung!

### AG Lobbyarbeit

Wir nehmen unseren Lobby-Faden, der in letzter Zeit sehr tief hing, wieder neu auf.

#### Weg A: ‚Friedrich rennt‘

Zu der Lobbyarbeit ist uns ein neuer Ansatz eingefallen, der die endlos scheinende Arbeit (35 Abgeordneten zu finden, quer durch die Parteien) übersichtlicher und praktisch besser ausführbar machen wird, wie wir hoffen. Eine Gruppe von 7 Personen will darangehen, bei den Abgeordneten Gesprächstermine zu bekommen; Nummer 8

hält sich bereit, alle diese Termine wahrzunehmen (dazu bot Friedrich Heilmann sich an, der unweit von Berlin wohnt). Friedrich bekommt also ein siebenköpfiges Sekretariat – wer hat das schon? Kein einziger Abgeordnete, wette ich. Vielleicht sollten wir ‚Sekretariat‘ in ‚Agentur‘ umtaufen, um auf der Höhe der Zeit zu sein. Die Lobby-Agentur. Die Würze wird in der Kürze liegen: wir machen eine konzertierte Aktion von September 2010 bis April 2011. Dann wird evaluiert. Und nein, wir wollen nicht über das Mindesthaltbarkeitsdatum der Koalition spekulieren!

Das erste Vorbereitungstreffen fand am 30. April in Berlin statt. Wer Lust hat, von zu Hause aus via Internet in unserer Agentur mitzuwirken – wir können gerne mehr als 7 Leute gebrauchen! Wir verteilen die über 600 MdB über möglichst viele Personen und erstellen im Rechner einen Google-Terminkalender, der für alle leicht zu bedienen ist.

Es gibt einen netten Film mit dem Titel ‚Lola rennt‘. Entsprechend heißt es ab September: ‚Friedrich rennt‘. Je nachdem, wie wir ihn schicken. Wer mitmachen will – bitte bei Gertie Brammer melden.

#### Weg B: ‚Vernetzung geht‘

Eine zweite Idee für Lobbyarbeit war, uns an eine andere Ebene zu richten: Menschen, die länger als vier Jahre am Ruder sitzen, Experten der Ministerien. Nur – wie den Zugang finden? Wir haben einen kräftigen Vitamin B-Mangel. Es tut sich aber gerade etwas, das uns sehr entgegenkommt. Andere sind nämlich auch auf diese Idee gekommen. Es bahnt sich eine Zusammenarbeit an zwischen *VENRO* (Verband der Entwicklungs-NRO mit 118 Organisationen) und der *Kooperation für den Frieden* (50 Friedensgruppen). Man hat ein gemeinsames Grundsatzpapier geschrieben, das nun von allen Partnern diskutiert werden soll. Anlass war die festgefahrene Situation in Afghanistan:

*„Wir, Organisationen aus der Entwicklungspolitik, der Friedensbewegung, den Kirchen und den Gewerkschaften, haben mit Blick auf den Krieg in Afghanistan einen intensiven Dialog begonnen. Dabei wurde deutlich, dass uns vieles eint. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Politische Probleme verlangen nach politischen Antworten.“*

*Unter dem Motto: ‚Vorrang für Zivil‘ fordern wir ein Ende des Krieges in Afghanistan und ein deutliches Zeichen für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung. ‚Vorrang für Zivil‘ bedeutet einen strukturellen, personellen und finanziellen Vorrang ziviler Instrumente und Akteure. Ein neues Mandat der Vereinten Nationen ist notwendig, das gleichermaßen zur Reduzierung von Gewalt, Ungerechtigkeit und Not beiträgt und dadurch die universellen Menschenrechte zu sichern vermag. Die Vereinten Nationen müssen, wie in der UN-Charta vorgesehen, die Verantwortung für den Frieden und die internationale Sicherheit in der Region übernehmen.“*

Die NRO haben Kontakte zu den Politikern und höheren Ministerialen, brauchen aber Frieden und erfahrene Friedensfachleute für ihre konkrete Entwicklungshilfe und suchen unsere Unterstützung. Dafür kann die Friedensbewegung über die NRO – und über die Kirchen und

Gewerkschaften, die mit im Boot sitzen! - den Weg in die Ministerien finden. Bis dieser Weg richtig gangbar ist, wird noch Zeit vergehen. Aber der Anfang ist da; hoffentlich geht ein neues Fenster auf.

### **AG Rechtswege Gesetzesinitiative:**

Es ist endlich eine Justizfachfrau in Sicht, die bereit ist, für und mit uns einen Entwurf für das Zivilsteuer-Gesetz zu formulieren: Frau Annette Fabbri, Staatsrechtlerin, ehem. Studentin von Dr.iur.Paul Tiedemann (Verwaltungsrechtler; Autor von „Das Recht der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen“). Frau Fabbri hat großes Interesse am Thema bekundet. Es wird eine richtige Forschungsarbeit, wie in unserer Vereinssatzung vorgesehen. Entsprechende Vergütung und Auslagenerstattung sind in unserem Haushaltsplan enthalten.

Wenn Frau Fabbri ihren ersten Text-Entwurf vorgelegt hat, wird Prof. Dr. Dirk Löhr (der das Gutachten zu den Verwaltungskosten erstellt hat) zusammen mit der AG Rechtswege den weiteren Prozess ständig kritisch begleiten.

Der Zeitplan ist wunderbar – so können wir bei der Lobbyarbeit schon darauf hinweisen, dass wir in absehbarer Zeit einen Gesetzentwurf werden vorlegen können. Frau Fabbri wird zur Teilnahme an die 13. Internationale Konferenz in Norwegen eingeladen, damit sie die Gesetzesinitiativen anderer Ländergruppen kennen lernt. Und es werden ihr die 80 vorliegenden Rechtsfälle von Militärsteuerverweigernden zum Ausloten / Verarbeiten zur Verfügung gestellt.

**Wer kann Hinweise geben auf versteckte Militärausgaben im Bundeshaushalt?** Bitte melden bei Ulla Klotz, Adresse siehe Seite 16

### **Steuerverweigerung:**

Für Ihr Pinnbrett im Wohnungs-Eingangsbereich oder in der Küche haben wir das neue Plakat mit unserer Erklärung beigelegt. Auf der Rückseite finden Sie einen Standardbrief als Hilfe zur Verweigerung des Kriegssteueranteils bei Ihrem Finanzamt. Damit Ihre Gäste neugierige Fragen stellen können und Sie nicht suchen müssen, wenn es um den ersten Schritt der Militärsteuerverweigerung geht.

### **Aktion:**

Anfang 2011 wollen wir mit Menschen an möglichst vielen Orten in der Bundesrepublik gleichzeitig die Finanzämter auf Steuerverweigerung ansprechen. Natürlich mit Einschaltung der Medien vor Ort und bundesweit. Das soll Sie nicht davon abhalten, jetzt schon anzufangen, mit Hilfe unseres Standardbriefes. Nächstes Jahr können Sie dann auch wieder mitmachen, vielleicht mit dem zweiten Schritt.

Zur Verstärkung dieser Aktion suchen wir Unterstützung durch Partner aus der *Kooperation für den Frieden*.

### **AG Steuern zu Pflugscharen**

Auch beim Ökumenischen **Kirchentag** in München werden wir wieder einen Stand haben: Halle B6 – K29. Zusätzlich engagieren wir uns beim ÖNiD-Stand, der in der Nähe ist: Halle B6 – F26.

Neuer Impuls: Sepp Rottmayr wird auf dem Agora-Podium ein Referat halten. Dabei kommt unser Film zum Einsatz und es wird Straßentheater gemacht. Ein Blick ins Programm ergibt, dass die Bundeswehr wieder präsent sein wird. Am Freitag findet von 11.00 bis 12.30 Uhr in der St.-Gertruds-Kirche eine Andacht für ‚die Militärkirche‘ statt, geleitet von den Militärbischöfen Dutzmann (ev.) und bisher Mixa (kath., ist gerade zurückgetreten) -, unter dem Motto ‚Gerechtigkeit – Frieden – Heiliger Geist.‘ Musikalisch eingerahmt von dem Gebirgskorps Garmisch-Partenkirchen. Das Ganze ist so traurig wie systemkonform. Wer Militärbischof ist, soll Militärandacht zelebrieren. Das ist nur logisch. Hier wird das Christsein deformiert, so wie jede Armee das Menschsein deformiert.

In B6-M22 findet man die SoldatInnen beider Konfessionen. Dieser Stand steht, ebenso wie unsere beide, in der Abteilung ‚Frieden stärken‘ – auch dies schmeckt bitter.

Die **Friedensdekade** steht dieses Jahr unter dem Motto: „Es ist Krieg – entrüstet euch!“ (wie nun, EKD, wir sitzen doch gerade mit den Militärs in der Andacht?). Zu der Dekade gibt es ein sehr gut passendes Plakat. Wir hoffen, dass viele Kirchengemeinden mitmachen – und dass viele von unseren Aktiven und auch LeserInnen diese äußerst günstige Chance nutzen, unser Thema in die Gemeinden zu tragen! Material können Sie hier auswählen: [www.friedensdekade.de](http://www.friedensdekade.de) und hier bestellen: [material@friedensdekade.de](mailto:material@friedensdekade.de). Material zu unserem eigenen Thema, wie immer: bei Friedrich Heilmann. Wir empfehlen die DVD!!



### **Mitgliederversammlung**

Hier wurde alles im Nu und einstimmig beschlossen. Wir bleiben unserem Prinzip treu, nachdem Vereinsmeierei nicht unser Ding ist. Was aber hier einmal herausgehoben werden soll: Unsere drei VorständlerInnen erledigten drei Jahre lang wirklich einen riesigen Berg von Aufgaben. Trotzdem kamen sie gar nicht auf die Idee, dass Neuwahl des Vorstands anstand, wobei sie hätten aussteigen und sich mal zurücklehnen können. Auch sonst dachte niemand daran, weil alles prächtig läuft. Also wurden sie mit Applaus für 2009 einstimmig entlastet und alle freuen wir uns, dass sie für ein weiteres Jahr tätig sein werden. Nun hat also jede/r von uns ein Jahr lang Zeit zu überlegen, ob er/sie für die Periode 2011-2014 kandidieren mag.

## Internationales & CPTI

### Steuerverweigerung in Belgien:

#### Jan Hellebaut gegen Finanzamt

Am 7. Januar d.J. war der Prozess in zweiter Instanz. Jan Hellebaut hoffte auf ein günstiges Urteil. Das hätte entweder eine Antwort sein können auf die Frage, ob die belgische Steuergesetzgebung in Übereinstimmung ist mit dem belgischen Grundgesetz und dem internationalen Recht; oder eine Anfrage des Richters beim Verfassungsgericht um eine Entscheidung unter Vorbehalt (eine richtungweisende Aussage ohne Urteil über den konkreten Fall). Darum hatte Hellebaut gebeten. Was kam heraus? Der Richter erklärte sich für nicht zuständig und verwies an das Parlament. Ohne das Verfassungsgericht als höchstrichterliche Instanz zu bemühen. Hellebaut überlegt nun mit seinem Rechtsanwalt und mit der belgischen Friedenssteuer-Gruppe VRAK (VRedesbelastingsAKtie), ob er das Revisionsgericht anrufen soll. Dieses müsste untersuchen, ob der Richter des Berufungsgerichts seine Entscheidung genügend unterbaut und alle essentiellen Fragen beantwortet hat.

CPTI / Conscience and Peace Tax International  
www.cpti.ws

### Wahrheitskommission „Conscience in War“

Wie übersetzt man das: „Gewissensfreiheit im Krieg“, „im Kriegsfall“, „Verweigerung im Einsatz“?

Hierbei handelt es sich um ein Projekt, getragen von einer Allianz aus 60 amerikanischen Kirchen, Ausbildungsstätten, Glaubensgruppen, Friedensorganisationen, Veteranenverbänden, Organisationen für Gewissensfreiheit und Kunstschaffende, das im März begann und im November seinen Abschlussbericht der US-Politik vorlegen will. Es geht vorrangig um Kriterien des „gerechten Krieges“ und um die gewissensbedingte Verweigerung von Soldaten im Fall konkreter ungerechter Kriege sowie von unmoralischen Kriegshandlungen, also um selektive Verweigerung, die bislang nicht akzeptiert wird.

Als Auftaktveranstaltung fand am 21. März in New York ein öffentliches Hearing statt, gefolgt von einem Workshoptag. Die New Yorker Quäker entsandten u.a. den Rechtsanwalt Frederick Dettmer, der Militärsteuer-Verweigernde vertritt und in der CPTI-Arbeitsgruppe „Recht“ mitarbeitet, und Naomi Paz Greenberg, die als CPTI-Delegierte vor Ort agiert. Im öffentlichen Teil des Hearings wurden Auszüge aus dem Emmy-nominierten Dokumentarfilm „Soldiers of Conscience“ gezeigt. Zu Wort kamen Veteranen aus aktuellen und früheren Kriegen und auch die Mutter eines getöteten Soldaten. Es gab Vorträge von Sachverständigen aus den Bereichen Recht, Ethik, Psychologie und Publizistik. Beim nachfolgenden Workshop ging man sachlich in die Tiefe, auch zum As-



pekt Militärsteuer-Verweigerung, und verabredete weitere Projektschritte. Der Bericht zu dieser Veranstaltung, die Projektbeschreibung und seine weiteren Erträge finden sich unter [www.conscienceinwar.org](http://www.conscienceinwar.org).

### Die CPTI - Arbeitsgruppe Recht/Legal Committee

Die Arbeitsgruppe traf sich zum 2. Mal im Mai in Belgien und arbeitet u.a. an dem Plan, im Rahmen eines Aufbaustudiums eine Untersuchung von ‚Steuer und Gewissensfragen‘ am Department of Peace Studies der Universität Bradford bei Prof. Paul Rogers durchführen zu lassen. Die Gespräche über eine entsprechende Förderung in England scheinen zum Erfolg zu führen. Die bisherigen Aktivitäten konnten schon finanziert werden. Die Teilnahme von drei Rechtsanwälten war fruchtbar; sie soll fortgesetzt und möglichst um Anwälte aus europäischen Ländern erweitert werden in der Absicht, langfristig zu einer Experten-Tagung einzuladen. **Auch deutsche Verweigernde sollten ihre Anwälte um Mitarbeit in dieser AG bitten**, insbesondere die BeschwerdeführerInnen. Dedo von Krosigk hat die bei ihm eingegangenen Unterlagen von ca. 80 Rechtsfällen zur Übergabe auf der Internationalen Konferenz in Norwegen bereitgestellt.

### Öffentlichkeitsarbeit

Die Internetseite ist seit John Randall's Tod in der Verantwortung von Robin Brookes/GB und Webmaster Andro Gagné/USA, der sie allmählich verändert. Mit dem Webmaster möchte niemand tauschen der nicht, wie er selbst, eine Leidenschaft für diese Arbeit hat. Die allmähliche Erneuerung der zahlreichen Webseiten, das Ergänzen um weitere Dokumenten und schließlich die Übersetzungen erfordern neben dem Sachverstand auch eine Engselgeduld. Derzeit ist eine deutsche Startseite in Vorbereitung; Irene Auerbach fertigte – wie so oft – die Erstübersetzung und ich wollte sie nur Korrekturlesen, um das Ergebnis best möglich zu machen (4-Augen-Prinzip). Dann erlebte ich mein blaues Wunder, als ich mich unversehens in die Kommunikation über Layout, Grammatik, das unterschiedliche Schriftbild von Binde- und Gedankenstrich im Englischen und Deutschen usw. wieder fand – an den eigentlich freien Ostertagen.

Es lohnt sich immer mal wieder nach zu schauen, was es Neues auf der Website gibt. Zudem informiert CPTI ständig durch neue Ausgaben des *CPTI-Bulletin* (Herausgeber Dan Jenkins/USA veröffentlichte 2009 sieben Stück). Soweit sie übersetzt werden, erreichen sie einen immer größeren Interessentenkreis. Das jüngste Bulletin Nr. 9 war ausschließlich den Website-Änderungen vorbehalten, während sein Vorläufer die Konferenz-Einladung verbreitete und die Dezember-Ausgabe über die Empfehlung des Zentralausschusses des Weltkirchenrates berichtete, die Kirchen mögen sich um die gewissensbedingte Steuerverweigerung kümmern. Eine Ausgabe befasst sich auch mit der deutschen Verfassungsbeschwer-

de. Dank der Arbeit von Irene Auerbach/GB erschienen sieben Ausgaben auch in deutscher Sprache. Anfang März trafen sich Derek Brett, Dan Jenkins und Naomi Paz Greenberg in New York, um lebendige Gespräche über die Website und Öffentlichkeitsarbeit allgemein zu führen. Wegen der hohen Reisekosten wird der CPTI-Vorstand Andro Gagné leider nicht nach Sandefjord kommen um den Vorstand persönlich kennen zu lernen.

Der Text „*Militärsteuerverweigerung und Kirchen in Deutschland*“ (Morgenstern) findet sich auf der Website des NWFS (CPTI-Bulletin Nr.7).

### 13. Internationale Konferenz im Juli 2010, Norwegen

Anders als bei vorigen Internationalen Konferenzen findet die CPTI-Mitgliederversammlung dieses Mal vor dem allgemeinen Teil statt. Die Einladung geht direkt an die CPTI-Mitglieder.

Die Konferenz wird in Sandefjord stattfinden von Freitagnachmittag, 02.07. bis Sonntagmittag, 04.07. Der Tagungsort heißt Skiringssal Folkehøyskole (Schulinternat).

Die detaillierte Einladung wurde verschickt und findet sich unter <http://peacetaxconference.org>. Wer sich nach Schluss der Anmeldefrist noch anmeldet, muss sich wohl selbst in Sandefjord eine Unterkunft suchen. Gastgeber sind *Skattebetalare för fred* (Schweden) und *The Peace Tax Alliance* (Norwegen). Das Haus steht nur bis Sonntagmittag zur Verfügung.



### Vernetzung

Das *International Peace Bureau / IPB*, Genf, ist eine 1891 entstandene Friedensföderation. Sein Ziel ist vor allem, die Idee einer Welt ohne Krieg voranzubringen. IPB erhielt 1910 den Friedensnobelpreis; derzeit vereint sie 282 Mitgliedsorganisationen aus 72 Ländern sowie viele Einzelmitglieder. CPTI diskutiert gerade, wie eine Verbindung gestaltet werden soll, weil sich die Zielsetzung von CPTI in die IPB-Zielsetzung von Abrüstung und Entwicklung gut einfügt. Die CPTI-Delegierte Naomi Paz Greenberg nahm an einer IPB-Konferenz Mitte November 2009 in Washington D.C. teil. <http://ipb.org/i/index.html>

### Vorstandsarbeit

Zur Mitgliederversammlung am 2. Juli 2010 in Sandefjord/Norwegen legen einige Vereinsmitglieder fünf Vorschläge für Satzungsänderungen vor.

Der Vorstand präsentiert neben den üblichen Regularien einen Strategie-Entwurf. Das ist ein Arbeitsdokument mit den Unterpunkten Vision, Analyse, strategische Ziele und Aktionen. Neu darin ist die beabsichtigte Arbeit mit den UN-Steuerexperten. Es soll die Kommunikation forciert werden, auch die zu gleich gesinnten Friedens- und Glaubensorganisationen. Eine hauptamtliche Kraft bleibt zunächst leider noch ein reiner Wunsch. Zudem befindet sich noch die Nachfolge für den Delegierten in Genf, Derek Brett, und für das Gros der Geschäftsführungsarbeit von Dirk Panhuis in der Diskussi-

on. Die Suche nach besserer **Finanzierung** führte noch nicht zum gewünschten Ergebnis.

Aufgrund zweier Spendenbriefe gingen gut 4.000 EURO ein; daran beteiligten sich das NWFS und die deutschen SpenderInnen mit 1.100 € (der Stand in FN42 war Gesamtsumme 1.300 Euro, davon 800 Euro aus Deutschland). Zwei englische Organisationen finanzieren die Arbeit in Genf und zunehmend die der AG-Recht. Jedoch erlauben die hohen, zur Arbeit gehörenden Reisekosten keine großen Sprünge, weswegen auch unser Webmaster nicht zur Konferenz kommt. Andro Gagné arbeitet auf Honorarbasis. Wer seine Aufgabe durch Spenden unterstützen möchte, würde die Kassenlage sehr entlasten!

Die amerikanische Bankverbindung wird in Kürze aufgegeben, weil Alan Gamble nicht mehr hauptamtlich für den Peace Tax Fund arbeitet; stattdessen fungiert PayPal als internationale Bank.

Viel Energie kostet die **Suche nach wirklich aktiven Mitgliedern**. Der Versuch, die CPTI-Mitgliedschaft zu unterscheiden in zahlende (ohne Stimmrecht) und tatsächlich mitarbeitenden Mitglieder wird zunächst nicht weiterverfolgt.

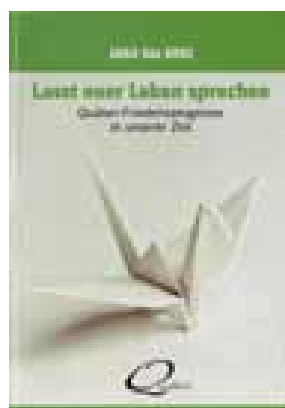
**Neue Vorstandsmitglieder** müssen im Juli gewählt werden; denn Alan Gamble wird als Schatzmeister und Hannelore Morgenstern als stellvertretende Vorsitzende ausscheiden.

CPTI und NWFS hoffen sehr, dass Deutschland weiterhin im CPTI-Vorstand vertreten sein wird. Tatsächlich ist ein Kandidat in Sicht. Es kann aber gar nicht schaden, wenn weitere Interessenten sich melden; Aufgaben liegen genügend vor!

*Hannelore Morgenstern-Przygoda*

### 1660 bis 2010

#### Lasst euer Leben sprechen



Hier berichten zahlreiche Quäker wo, wie und warum sie in den verschiedensten Initiativen und Gruppierungen engagiert sind und versuchen, ihr persönliches „Friedenszeugnis“ entsprechend ihrem Glauben zu leben. Kriegsdienst- und Steuerverweigerung gehören dazu. Ein faszinierendes Panorama nationaler und internationaler Engagements gemäß dem Wort eines bekannten Quäkers, Rufus Jones: Das Reich Gottes ist etwas, das die Menschen tun – und nicht ein Ort, zu dem sie gelangen.

128 Seiten; ISBN 9789-3-929696-46-2; 5,00€

